QUELLDOSSIER

Verständigung trotz Systemkonflikt

Wie konnten Gegner zusammenarbeiten, ohne ihren Systemkonflikt zu lösen?

Historische Orientierung

1959 erklärte Chruschtschow, wie Staaten mit gegensätzlichen Systemen friedlich nebeneinander bestehen sollten. Der Systemkonflikt blieb bestehen. 1962 zeigte die Kuba-Krise, wie gefährlich die atomare Konfrontation geworden war. Kennedy warb im Juni 1963 für begrenzte Schritte und gemeinsame Interessen. Bahr übertrug diesen Gedanken im Juli auf die deutsche Teilung: Veränderungen sollten ausgehend von den vorhandenen Machtverhältnissen möglich werden. Ab 1969 setzte die Bundesregierung Brandt auf Verständigung und Verträge mit den östlichen Nachbarn und der DDR. Der Grundlagenvertrag von 1972 regelte das Verhältnis der beiden deutschen Staaten. 1975 verband die Schlussakte von Helsinki Sicherheitsprinzipien mit Menschenrechtszusagen. Diese Stationen bilden keinen geradlinigen Weg zum Frieden: Die jeweils formulierten Ziele und Regeln müssen von ihrer tatsächlichen Wirkung unterschieden werden.



B1 · Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte, Helsinki, 1. August 1975. Von links: Helmut Schmidt, Erich Honecker, Gerald Ford, Bruno Kreisky. Bundesarchiv, Bild 183-P0805-314 / Horst Sturm, CC BY-SA 3.0 DE.

Bildnachweis · Lizenz

So sind die Materialien gekennzeichnet

Q1 und Q3 verbinden einen kurzen Originalauszug mit einer ausdrücklich gekennzeichneten Inhaltszusammenfassung. Q2 ist eine Arbeitsübersetzung. Q4 und Q5 sind gekürzte amtliche Texte. Die Buchstaben kennzeichnen Belegstellen, keine Zeilenzahlen.

MATERIALVERGLEICH

Zwei Ansätze zur Entspannung

Q1 Chruschtschow: Friedliche Koexistenz, 1959

Nikita Chruschtschow, sowjetischer Regierungschef und Erster Sekretär der KPdSU, erläuterte sein Konzept in der US-amerikanischen außenpolitischen Zeitschrift *Foreign Affairs* im Oktober 1959. Er richtete sich damit auch an ein westliches Publikum. Der Artikel ist politische Selbstdarstellung. Er ist weder ein neutraler Bericht über sowjetische Politik noch die Parteitagsrede von 1956.

Q1a · Abschnitt II · Arbeitsübersetzung des Originals

„In einfachster Form bedeutet sie, Krieg als Mittel zur Lösung strittiger Fragen abzulehnen."

Q1b · Redaktionelle Inhaltszusammenfassung

Chruschtschow verbindet Koexistenz mit staatlicher Selbstbestimmung: Andere Staaten sollen nicht angegriffen und ihre inneren Verhältnisse nicht von außen umgestaltet werden. Politische und wirtschaftliche Beziehungen sollen gleichberechtigt und für beide Seiten nützlich sein. Unterschiede der Systeme bleiben dabei bestehen. An die Stelle des Krieges soll ein Wettbewerb um bessere Lebensbedingungen treten. Zugleich hält Chruschtschow am Anspruch fest, dass sich der Kommunismus schließlich weltweit durchsetzen werde. Er trennt diesen weltanschaulichen Wettbewerb von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Staaten. Seine Friedenszusage bedeutet deshalb keine politische Neutralität gegenüber dem Kapitalismus.

Nikita S. Khrushchev, „On peaceful coexistence", *Foreign Affairs*, Bd. 38, Nr. 1, Oktober 1959, S. 1–18; englische Wiedergabe bei CVCE, PDF mit 11 Seiten.

Originalquelle öffnen

Q2 Kennedy: Schritte zu einem erreichbaren Frieden, 1963

US-Präsident John F. Kennedy sprach am 10. Juni 1963 an der American University in Washington. Die Kuba-Krise vom Oktober 1962 hatte die Gefahr eines Atomkriegs verdeutlicht. Kennedy sprach zur US-amerikanischen Öffentlichkeit und wurde international wahrgenommen. Auch seine Rede wirbt für eine bestimmte Politik; sie beschreibt nicht automatisch deren Erfolg.

Q2a · First · Arbeitsübersetzung des Originals

„Konzentrieren wir uns stattdessen auf einen praktischeren, erreichbaren Frieden – gegründet nicht auf einen plötzlichen Wandel der menschlichen Natur, sondern auf eine allmähliche Entwicklung menschlicher Institutionen – auf eine Reihe konkreter Maßnahmen und wirksamer Vereinbarungen, die im Interesse aller Beteiligten liegen. Es gibt keinen einzigen, einfachen Schlüssel zu diesem Frieden – keine große oder magische Formel, die von ein oder zwei Mächten übernommen werden könnte. Wirklicher Frieden muss das Werk vieler Nationen sein, die Summe vieler Handlungen."

Q2b · Second · Arbeitsübersetzung des Originals

„Als Amerikaner finden wir den Kommunismus zutiefst abstoßend, da er persönliche Freiheit und Würde verneint. […] Sowohl die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten als auch die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben ein tiefes gemeinsames Interesse an einem gerechten und wirklichen Frieden und daran, das Wettrüsten anzuhalten."

Q2c · Third · Arbeitsübersetzung des Originals

„Vor allem müssen Atommächte, während sie ihre eigenen lebenswichtigen Interessen verteidigen, jene Konfrontationen vermeiden, die einen Gegner vor die Wahl zwischen einem demütigenden Rückzug und einem Atomkrieg stellen."

John F. Kennedy, Rede an der American University, 10. Juni 1963, englisches Transkript der John F. Kennedy Presidential Library.

Originalquelle öffnen

NEUE OSTPOLITIK

Annäherung und Vereinbarungen

Q3 Egon Bahr: Wandel durch Annäherung, 1963

Egon Bahr, enger Mitarbeiter des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Willy Brandt, sprach am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing. Er bezog Kennedys Friedensstrategie auf die deutsche Teilung. Sein Vorschlag entstand 1963; Brandts sozialliberale Bundesregierung begann ihre Arbeit 1969. Bahrs Strategie und ihre spätere Umsetzung müssen deshalb zeitlich unterschieden werden. „Zone“ bezeichnet hier die DDR; „transformiert“ bedeutet umgestaltet.

Q3a · Originalauszug

„Die Zone muß mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden.“

Q3b · Redaktionelle Inhaltszusammenfassung

Bahr hält eine sofortige Überwindung der Teilung durch Druck für aussichtslos. Die bestehenden Machtverhältnisse sollen zunächst als Ausgangspunkt akzeptiert werden, um schrittweise Veränderungen zu ermöglichen. Dazu müssen die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion berücksichtigt und Gespräche mit den vorhandenen Machthabern geführt werden. Wirtschaftliche Beziehungen sollen Spielräume eröffnen und das Leben der Menschen erleichtern. Wenn sich das DDR-Regime weniger bedroht fühlt, könnten nach Bahrs Erwartung auch Grenzen durchlässiger werden. Das Ziel langfristiger Veränderung bleibt bestehen; dessen sofortige Verwirklichung wird aber nicht zur Voraussetzung jedes einzelnen Schrittes gemacht.

Egon Bahr, Rede in Tutzing, 15. Juli 1963; Auszug in Bernhard Pollmann (Hg.), *Lesebuch zur Deutschen Geschichte*, Bd. 3, Dortmund 1984, S. 247–249; Wiedergabe bei German History in Documents and Images, Deutsches Historisches Institut Washington.

Originalquelle öffnen

Q4 Der Grundlagenvertrag, 1972

Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR unterzeichneten den Grundlagenvertrag am 21. Dezember 1972. Er gehört zur Neuen Ostpolitik der Bundesregierung Brandt. Die Vertragspräambel hält ausdrücklich fest, dass unterschiedliche Auffassungen, auch zur nationalen Frage, bestehen bleiben. Die folgenden Bestimmungen belegen vereinbarte Regeln, noch keine bestimmte Alltagserfahrung.

Q4a · Artikel 1 · Originalauszug

„Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.“

Q4b · Artikel 3 · Originalauszug

„Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen werden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten.“

Q4c · Artikel 7 · Originalauszug

„Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik erklären ihre Bereitschaft, im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitäre Fragen zu regeln. Sie werden Abkommen schließen, um auf der Grundlage dieses Vertrages und zum beiderseitigen Vorteil die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern.“

Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 21. Dezember 1972, veröffentlicht in *Bundesgesetzblatt* 1973 II, S. 423–424; Wiedergabe bei CVCE, PDF mit 3 Seiten.

Originalquelle öffnen

HELSINKI 1975

Sicherheit und Menschenrechte

Q5 Helsinki: Sicherheit und Menschenrechte, 1975

Am 1. August 1975 nahmen 35 Staaten die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) an, darunter die USA, die Sowjetunion, beide deutschen Staaten und neutrale Staaten. Es handelt sich um eine politische Selbstverpflichtung, nicht um einen völkerrechtlichen Vertrag. Die Auszüge stammen aus dem gemeinsamen Prinzipienkatalog. Menschenrechte stehen also bereits hier und nicht ausschließlich im Abschnitt über humanitäre Zusammenarbeit. Dokumentstatus: OSZE.

Q5a · Prinzip I · Originalauszug

„Sie werden ebenfalls das Recht jedes anderen Teilnehmerstaates achten, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln sowie sein Recht, seine Gesetze und Verordnungen zu bestimmen. […] Sie sind der Auffassung, daß ihre Grenzen, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können."

Q5b · Prinzip III · Originalauszug

„Die Teilnehmerstaaten betrachten gegenseitig alle ihre Grenzen sowie die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich und werden deshalb jetzt und in der Zukunft keinen Anschlag auf diese Grenzen verüben."

Q5c · Prinzip VI · Originalauszug

„Die Teilnehmerstaaten werden sich ungeachtet ihrer gegenseitigen Beziehungen jeder direkten oder indirekten, individuellen oder kollektiven Einmischung in die inneren oder äußeren Angelegenheiten enthalten, die in die innerstaatliche Zuständigkeit eines anderen Teilnehmerstaates fallen."

Q5d · Prinzip VII · Originalauszug

„Die Teilnehmerstaaten werden die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion achten. […] Sie bestätigen das Recht des Individuums, seine Rechte und Pflichten auf diesem Gebiet zu kennen und auszuüben."

Q5e · Auslegung nach Prinzip X · Originalauszug

„Alle die vorstehend aufgeführten Prinzipien sind von grundlegender Bedeutung und werden folglich gleichermaßen und vorbehaltlos angewendet, wobei ein jedes von ihnen unter Beachtung der anderen ausgelegt wird."

KSZE, *Schlussakte von Helsinki*, 1. August 1975, deutsche Fassung im OSZE-Dokumentarchiv, PDF mit 81 Seiten.

Originalquelle öffnen

Aussagegrenze

Ein politischer Text zeigt Absichten oder vereinbarte Regeln. Ob und wie sich das Leben tatsächlich verändert, muss an weiteren Befunden untersucht werden.